

61. Jahreskongress der FUEN 18.-21. Mai 2016 in Breslau, Polen

Tag 3: Quo vadis Europe? The multifaceted crisis of Europe

Statement von Jara Kehl, Politische Referentin

Liebe Gastgeber, lieber Hans-Heinrich Hansen, liebe Teilnehmer des FUEV-Kongresses,

ich freue mich, dass mich die FUEV gebeten hat, als Vertreterin des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma ein kurzes Statement zur gegenwärtigen Situation der Sinti und Roma in Europa vorzutragen. Mit der Eisenstädter Erklärung aus dem Jahre 2011 hat die FUEV als wichtigster Dachverband der europäischen Minderheiten ihre Solidarität mit der größten Minderheit in Europa zum Ausdruck gebracht und dies auch durch die Entwicklung konkreter Projektvorhaben untermauert. Das von der FUEV gemeinsam mit dem Zentralrat entwickelte Modell-Projekt „Minderheiten helfen Minderheiten“, das in einer ersten Phase in Ungarn, dem Land, das in vorbildlicher Weise die Europäische Roma-Strategie auf den Weg gebracht hat, implementiert werden sollte, konnte auf Grund der letztlich (vorsichtig ausgedrückt) sehr schwierigen Zusammenarbeit mit der ungarischen Regierung bisher nicht realisiert werden. Wir bleiben aber optimistisch. An dieser Stelle möchten wir ganz besonders Hans-Heinrich Hansen danken, unter dessen Präsidentschaft die FUEV die Eisenstädter Erklärung verabschiedet hat und der sich in den vergangenen Jahren sehr dafür eingesetzt hat, dass das Projekt „Minderheiten helfen Minderheiten“ doch noch Wirklichkeit wird.

Trotz verschiedener nationaler und internationaler Inklusionsstrategien, wie z.B. der vor über zehn Jahren verabschiedeten Roma-Dekade oder der 2011 von der Europäischen Kommission verabschiedeten Rahmenstrategie zur Verbesserung der Lage der Roma in Europa, hat sich die Situation für viele Roma in den letzten Jahren verschlechtert. Insbesondere beobachten wir eine dramatische Zunahme von rassistischer Hasspropaganda, die insbesondere über das Internet Verbreitung findet, und – als unmittelbare Konsequenz davon – das Anwachsen von rassistisch motivierter Gewalt gegen Angehörige der Roma-Minderheit. So genannte Hassverbrechen gegen Sinti und Roma – bis zu pogromartigen Ausschreitungen – gehören in vielen Staaten mittlerweile zum Alltag. Das jüngste Beispiel eines solchen gewaltbereiten Antiziganismus, das europaweit für Aufmerksamkeit und Proteste sorgte, ist einigen unter Ihnen möglicherweise bekannt: Vor wenigen Wochen stellte ein bulgarischer Nationalist ein Video ins Internet, mit dem er einen von ihm verübten explizit rassistisch motivierten gewalttätigen Übergriff auf einen minderjährigen Jungen in dessen Heimatdorf dokumentierte. Der Junge hatte es gewagt, sich als „gleichwertig“ zu

bezeichnen. Das Entsetzen, die Angst und der Unglaube in den Augen dieses Kindes sind kaum zu ertragen und haben mich über Tage verfolgt. Auch, wenn es schwer zu ertragen ist, ist dieses Video in seiner Brutalität ein wichtiges Dokument, das zeigt, welcher Gewalt viele Angehörige der Roma-Minderheit in ihrem Alltag schutzlos ausgeliefert sind.

Antiziganismus ist dabei nicht nur ein Phänomen am rechtsextremen Rand, sondern findet breite Zustimmung bis in die Mitte der Gesellschaft. Medien und selbst staatliche Institutionen und Politiker fördern Ressentiments und Rassismus gegen Sinti und Roma. Unser Augenmerk liegt dabei ganz besonders auf Wahlkämpfen, da in vielen europäischen Ländern Ressentiments und Rassismus gegen Roma zur Mobilisierung von Wählerstimmen genutzt und damit im öffentlichen Raum propagiert und legitimiert werden. In Deutschland hatte zuletzt 2013 die NPD im Wahlkampf massiv gegen Sinti und Roma gehetzt.

Aktuell beobachten wir zudem eine dramatische Zunahme von gewaltsamen Vertreibungen (sogenannten „forced evictions“) gegen Roma in mittelost- und südosteuropäischen Ländern. Diese Vertreibungen auf lokaler Ebene gepaart mit gewaltsamen Übergriffen und Einschüchterung durch Exekutivbehörden und paramilitärische Milizen, sind wesentliche Gründe für die gegenwärtige Migration von Roma aus Ländern Mittelost- und Südosteuropas nach Westeuropa, die USA und Kanada.

Aus all dem ergibt sich: Strategien für eine gleichberechtigte Teilhabe der Roma müssen – wenn sie Erfolg haben sollen – nicht nur die Minderheit in den Blick nehmen, sondern ebenso auf die Mehrheitsgesellschaft und den strukturellen Antiziganismus zielen. Dies hat auch die Europäische Kommission erkannt. In ihrem jüngsten Bericht zur Umsetzung der Europäischen Rahmenstrategie verweist sie zum ersten Mal auf den virulenten Antiziganismus als strukturelle Ursache für die geringen bis ganz ausbleibenden Erfolge bei der Umsetzung der jeweiligen nationalen Strategien.

Auch für Deutschland zeigen die einschlägigen Untersuchungen der Antidiskriminierungsstelle des Bundes und der Universität Leipzig aus dem Jahr 2014 in aller Deutlichkeit, dass Antiziganismus bis weit in die Mitte unserer Gesellschaft hinein akzeptiert ist und dadurch ein erhebliches Potential für Diskriminierung und Gewalt gegeben ist, was jederzeit aktiviert werden kann. An dieser Stelle muss angesetzt werden.

Die Bundesregierung hat dieses Jahr den OSZE-Vorsitz und wir haben den Sonderbeauftragten der Bundesregierung, Dr. Gernot Eler, vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen darum gebeten, den Antiziganismus in der OSZE-Region, bzw. dessen Bekämpfung als Thema in die Prioritäten des OSZE-Vorsitzes der Bundesrepublik aufzunehmen. Wir konnten erreichen, dass im September gemeinsam mit den Parlamentarischen Versammlungen der OSZE, dem Europarat sowie mit dem Europäischen Parlament eine hochrangige Konferenz zum Antiziganismus stattfinden wird. Schwerpunkte werden inhaltlich auf den Bereichen politische Rhetorik/Wahlkampf, Hate Speech, Hate Crimes, Medien, Segregation im Bildungs- und Wohnungsbereich, und gewaltsame Vertreibungen sein.

Dem Zentralrat kommt es darauf an, durch diese Konferenz ein starkes Signal an Parlamentarier europaweit und ebenso an Politiker auf der lokalen Ebene zu geben, dass die europäische Politik dem Antiziganismus genauso entgegentritt wie dem Antisemitismus. Dabei möchten wir insbesondere jene nationalen und lokalen Politiker unterstützen, die sich für die Roma-Minderheit in ihrer Region engagieren. Deutschland hat die Chance, unter seinem OSZE-Vorsitz Deutschland den Antiziganismus als spezifische Form des Rassismus anzuerkennen und in Europa zu ächten. Wir hoffen, dass diese Chance wahrgenommen wird.

Abschließend möchte ich mich im Namen des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma nochmals für die Solidarität und das Engagement der FUEV in diesem Bereich bedanken. Wir hoffen und wünschen uns, dass dies auch unter den neuen Präsidentschaft so bleiben wird.

Ich danke Ihnen.